



Auszug aus der Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Ortsgemeinderates Kradenbach vom 02. Juni 2021

zu TOP 1 Einwohnerfragestunde

Es waren keine Gäste / Zuhörer anwesend, sodass es keine Punkte zu diesem TOP gab.

zu TOP 2 Beratung und Beschlussfassung über von der Aufsichtsbehörde geforderte Einsparungen im Haushaltsjahr 2021

Veranlasst durch ein Schreiben der Kreisverwaltung zu Haushaltssatzung und -plan 2021 ist der Gemeinderat gezwungen Ergebnisverbesserungen im Finanzhaushalt von mindestens 10.055,-€ vorzunehmen.

In diesem Schreiben werden der Ortsgemeinde, vertreten durch den Ortsgemeinderat, mehrfach Rechtsverletzungen bei der Aufstellung des Haushaltes vorgeworfen.

Der Ortsgemeinde wird außerdem vorgeworfen, seit Jahren der Forderung nach der Ergreifung von Sparmaßnahmen, die dauerhaft dem negativen Trend entgegenwirken sollen, nicht nachgekommen zu sein bzw. nachzukommen.

In der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt wurde vom Ortsgemeinderat festgestellt, dass die Ortsgemeinde schon seit Jahren aufgrund der stetigen Verschlechterung des Haushaltes keine größeren Investitionen getätigt hat und lediglich die nötigsten Arbeiten im Dorf hat ausführen lassen.

Fast alle im Ort anfallende Reparaturprojekte in den letzten Jahren haben wir in Eigenleistung bewerkstelligt, wobei die Materialkosten zum überwiegenden Teil mit RWE-MITARBEITER-VOR-ORT- Projekten finanziert wurden, so zum Beispiel die Stützmauer vor der Kapelle, Außen- und Innenanstrich, Notstromspeisung sowie Dacheindeckung für das Gemeindehaus, Beschaffung einer neuen Bühne für Veranstaltungen, neuer Zaun am Spielplatz ...

Außerdem wird inzwischen ganz auf einen Gemeindearbeiter verzichtet. Dessen Arbeiten werden nun mit großem Engagement von freiwilligen Helfern verrichtet.

Weiteres Einsparpotenzial können wir zurzeit nicht sehen.

Die desolante Lage ist unseres Erachtens nicht Schuld der Ortsgemeinde, sondern liegt größtenteils in der Verantwortung übergeordneter Ebenen wie Land, Kreis und Verbandsgemeinde, die Ortsgemeinden, die über keine eigenen Einnahmequellen wie Gewerbe, Windenergie oder Gruben verfügen, finanziell zu schlecht ausstatten und durch hohe Umlagen zusätzlich schröpfen. Unsere Rücklagen haben in den letzten 20 Jahren stetig abgenommen, ohne dass wir irgendein größeres Projekt im Haushalt hatten. Zudem sind die Umlagen für Kreis und Verbandsgemeinde in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen.

Die verbleibenden Einnahmen reichen kaum aus, um die Pflichtausgaben der Ortsgemeinde zu decken.

Da bleibt kein Spielraum für größere Investitionen und die Aufforderung nachhaltig zu sparen erübrigt sich daher.

Eine Anhebung der Steuer- und Gebührensätze kommt aus Sicht des Gemeinderates nicht in Frage und würde den Haushalt auch nur minimal entlasten. Die Bürger sollten nicht das zur Kasse gebeten werden, was auf höherer Ebene zu verantworten ist.

Um die im gleichen Schreiben angedrohten repressiven Maßnahmen zu vermeiden kommt der Ortsgemeinderat der Forderung nach und fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beschließt die 11.000,-€, die für die Finanzierung der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED eingeplant waren, aus dem Haushaltsentwurf für den Haushalt 2021 zu streichen.

zu TOP 3 Beratung und Beschlussfassung über die Finanzierung der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED

In der Sitzung vom 11. Dezember 2020 wurde bereits beschlossen, das Angebot der Firma Westenergie zur Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED anzunehmen.

Da seitens der Kommunalaufsicht eine kreditbasierte Finanzierung in Ortsgemeinden mit defizitärem Haushalt nicht genehmigt wird, wird der Ortsgemeinde empfohlen, das Ratenzahlungsmodell von Westenergie anzunehmen. Dies hat zur Folge, dass der Haushalt in den nächsten Jahren durch die jährlichen Raten weniger stark belastet wird, es jedoch über die gesamte Laufzeit zu Mehrausgaben wegen der Höhe der Verzinsung kommt. Wie sich das mit dem im Schreiben der Kreisverwaltung enthaltenen Aufruf zum Sparen verträgt, erschließt sich dem Gemeinderat allerdings nicht.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beschließt zur Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED das Finanzierungsangebot der Firma Westenergie anzunehmen.

zu TOP 4 Informationen durch den Ortsbürgermeister / Verschiedenes

* Der Ortsgemeinde liegt eine Anfrage der VG bezüglich der Verlängerung des Straßenbeleuchtungswartungsvertrages mit RWE / innogy vor, der zum Jahresende ausläuft. Eine Verlängerung des Vertrages erübrigt sich, da mit der Umstellung auf LED ein neuer Wartungsvertrag abgeschlossen wird.

* Die Jahresabschluss 2020 für den Friedhof Hilgerath ergab folgendes Ergebnis:
Einnahmen: 9547,10 € - Ausgaben: 6.137,43 € - Erhöhung des Sonderpostens zum Gebührenaussgleich auf 18.245,80 € (Stand Ende 2019: 14836,13 €)

* Aus Grundstücksverkaufserlösen im IGP aus dem Jahr 2020 fließen 4.923,75 € in den Haushalt.

* Im Umlaufverfahren wurde Einvernehmen nach §36 (2) BauGB zum Umbau eines Stallgebäudes in Wohnraum erteilt.

* Forst

Die Ortsgemeinde erhält eine Zuwendung zur Bewältigung der durch Extremwetter verursachten Schäden im Wald in Höhe von 2.295,- €. Ebenso wurde eine Prämie zum Erhalt und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder in Höhe von 1.880,- € gewährt. Eine weitere Prämie für Mehraufwand bei der Holzaufarbeitung wegen Schäden durch Extremwetter, deren Höhe noch nicht feststeht, wurde bereits zugesagt.

* Jagd

Ein Jagdpächter hat um Entlassung aus dem bestehenden Jagdpachtvertrag zum 31. März 2021 gebeten. Der Ortsgemeinderat hat der Kündigung im Umlaufverfahren zugestimmt. Die verbleibenden beiden Pächter führen den Pachtvertrag mit allen Rechten und Pflichten fort.

Einer forstbehördlichen Stellungnahme zur Folge ist das Jagdrevier Nerdlen/Kradenbach bezüglich des Rehwildbestandes und der damit verbundenen Verbisschäden von "nicht gefährdet" auf "gefährdet" eingestuft worden. In Absprache mit den Jagdpächtern wurde die Abschussvereinbarung für Rehwild daraufhin angepasst und die Abschussfreigaben erhöht.

* Die Ortsgemeinde hat die Zugangsdaten zur Datenbank "Baumkataster" erhalten und damit die Möglichkeit sich über die aktuell erfassten Bäume zu informieren. Erfasste Bäume werden regelmäßig durch eine Fachfirma kontrolliert. Nach Feststellung des Pflegeaufwandes werden die Ortsgemeinden informiert, welche Maßnahmen sie selbst vornehmen können.

* Das Hochwasservorsorgekonzept für die Ortsgemeinde liegt vor und kann online unter <http://hochwasserschutz-konzept.de> eingesehen werden. Zeitnah sind durch die Ortsgemeinde keine Maßnahmen zu ergreifen.

* Der Ortsbürgermeister und der Erste Beigeordnete haben einen ersten Rundwanderweg erkundet, mit Start und Ziel am Gemeindehaus. Jetzt soll ein Angebot für die Wegmarkierungen und aus diversen "Töpfen" Gelder für die Auszeichnung des Weges angefragt werden.

* Die Anfrage eines Bürgers nach der Umgestaltung des Spielplatzes wurde mit Verweis auf die noch ausstehende Zukunftskonferenz und mangelnde Haushaltsmittel zurückgestellt.

Klaus Rödder
Ortsbürgermeister